

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Michael Kaufmann, Nicole Höchst, Dr. Götz Frömming, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/4062 –**

**Energieversorgung sichern und wirtschaftliches Potenzial nutzen –
Forschung an der friedlichen Nutzung der Kernenergie wieder aufnehmen
und umfassend fördern**

A. Problem

Die Fraktion der AfD betont, dass eine Energieversorgung zu Kosten und damit auch Preisen, die es deutschen Unternehmen erlauben würden, auch international wettbewerbsfähig zu produzieren, für den Erhalt des Industrie- und Wirtschaftsstandorts Deutschland und damit auch für den Wohlstandserhalt zwingend notwendig sei. Der Sonderweg Deutschlands, auch weiterhin auf Kernkraft zu verzichten, gefährde hingegen die Energieversorgung. Die Forschung im Bereich der friedlichen und sicheren Nutzung der Kernenergie sei in Deutschland durch den vollständigen Wegfall der diesbezüglichen Förderung mittlerweile vollständig zum Erliegen gekommen.

B. Lösung

Die Fraktion der AfD fordert in ihrem Antrag, dass sich die Bundesregierung bei der Einstufung der Kernenergie als nachhaltige „grüne“ Technologie durch die Europäische Kommission anschließe. Das Atomgesetz solle dahingehend geändert werden, dass die Erforschung der friedlichen Nutzung der Kernenergie in Deutschland zukünftig wieder möglich sei. Zudem sollten bereits im Haushalt 2023 Mittel in Höhe von 100 Millionen Euro für die Erforschung der friedlichen Nutzung der Kernenergie bereitgestellt werden.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/4062 abzulehnen.

Berlin, den 9. November 2022

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Kai Gehring
Vorsitzender

Dr. Holger Becker
Berichtersteller

Thomas Jarzombek
Berichtersteller

Dr. Anna Christmann
Berichterstellerin

Dr. Stephan Seiter
Berichtersteller

Dr. Michael Kaufmann
Berichtersteller

Dr. Petra Sitte
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Dr. Holger Becker, Thomas Jarzombek, Dr. Anna Christmann, Dr. Stephan Seiter, Dr. Michael Kaufmann und Dr. Petra Sitte

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/4062** in seiner 63. Sitzung am 20. Oktober 2022 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz und den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der AfD stellt fest, dass die geopolitischen Verwerfungen im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg das Ziel der Bundesregierung, Primärenergie überwiegend mit erneuerbaren Energien zu decken und als Übergangstechnologie auf diesem Weg die vorübergehend verstärkte Verstromung von Erdgas zu nutzen, zweifelhaft erscheinen ließen. Eine Energieversorgung zu Kosten und damit auch Preisen, die es deutschen Unternehmen erlauben würden, auch international wettbewerbsfähig zu produzieren, sei für den Erhalt des Industrie- und Wirtschaftsstandorts Deutschland und damit auch für den Wohlstandserhalt zwingend notwendig. Auch für die gesellschaftliche Stabilität sei die Versorgung der Bevölkerung mit Energie in ausreichender Menge und zu bezahlbaren Preisen unerlässlich. Der Sonderweg Deutschlands, auch weiterhin auf Kernkraft zu verzichten, gefährde hingegen die Energieversorgung. Durch den inzwischen vollständigen Wegfall der Förderung der Erforschung der friedlichen und sicheren Nutzung der Kernenergie sei diese Forschung in Deutschland mittlerweile vollständig zum Erliegen gekommen.

Die Bundesregierung solle dazu aufgefordert werden,

- sich der Einstufung der Kernenergie als nachhaltige, d. h. „grüne“ Technologie durch die Europäische Kommission anzuschließen;
- das Atomgesetz dahingehend zu ändern, dass die Erforschung der friedlichen Nutzung der Kernenergie in Deutschland zukünftig wieder möglich ist;
- bereits im Haushalt 2023 Mittel in Höhe von 100 Millionen Euro für die Erforschung der friedlichen Nutzung der Kernenergie bereitzustellen und damit die Kernenergieforschung im gleichen Umfang zu fördern wie es für die Forschung an der Erzeugung von „grünem Wasserstoff“ aus so genannten erneuerbaren Energien derzeit beabsichtigt ist;
- dem „Generation IV International Forum (GIF)“ beizutreten, sich aktiv an den europäischen und weltweiten Bemühungen, Kernkraft zu einer noch sichereren und nachhaltigeren Technologie weiterzuentwickeln, zu beteiligen und konkrete Anstrengungen zu unternehmen, die Forschung im Bereich der Reaktorphysik und der Entwicklung von Hochtemperaturmaterialien und -maschinenbauteilen für Hochtemperatur-Flüssigbrennstoffreaktoren in Deutschland verstärkt in den Fokus zu rücken.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/4062 in seiner 33. Sitzung am 9. November 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/4062 in seiner 26. Sitzung am 9. November 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 20/4062 in seiner 23. Sitzung am 9. November 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 20/4062 in seiner 40. Sitzung am 9. November 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 20/4062 in seiner 27. Sitzung am 9. November 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Die **Fraktion der AfD** betont, im Bereich der Energieversorgung sehe man Chancen für die deutsche Wirtschaft, die derzeit nicht ausreichend genutzt würden. Weltweit seien viele Reaktorblöcke im Bau und in der Planung. Dies betreffe nicht nur fern gelegene Regionen, sondern auch Nachbarländer Deutschlands wie Polen, die Niederlande und Frankreich. Diese Neubauten seien immens wichtig für die Stromversorgung, da sie die nötige Grundlast lieferten, wenn nicht ausreichend Wind wehe und die Sonne nicht scheine. Daher sei es aus Sicht der AfD-Fraktion entscheidend, sich an dieser Technologie zu beteiligen.

Angesichts der aufgezeigten Chancen und Notwendigkeiten sei der gegenwärtige Umfang der Kernforschung in Deutschland unzureichend. Es gebe zwar noch Forschungen im Bereich der Reaktorsicherheit, Nuklide, Entsorgung und der Kernfusion. Gleichwohl seien hoffnungsvolle Ansätze wie der „Dual Fluid Reaktor“, der in Berlin am „Institut für Festkörper-Kernphysik“ entwickelt worden sei, inzwischen ins Ausland abgewandert, da in Deutschland das Klima für solche zukunftsweisende Forschungen zu schlecht sei. In den USA würden hingegen Beträge in Milliardenhöhe in die Entwicklung neuer Kernreakortypen fließen. Allein dort seien vier private Firmen mit dem Bau neuer Prototypen für neue Reaktortypen beschäftigt. Der deutschen Wissenschaft dürfe dieses chancenreiche Feld auf keinen Fall verschlossen werden.

Des Weiteren macht die AfD-Fraktion darauf aufmerksam, dass die EU die Kernkraft als „grüne“ Technologie eingestuft habe. Die Kernkraft liefere einen entscheidenden Beitrag zu den Klimazielen, auf die sich die EU festgelegt habe. Kernkraftwerke würden daher in der EU und weltweit weiterhin gebaut. Die Forschung an neuen Reaktortypen liefere auch einen Beitrag dazu, dass die Nutzung sicherer werde. Zudem könnten neue Reaktortypen wie der „Dual Fluid Reaktor“ das Endlagerproblem entschärfen bzw. sogar in ferner Zukunft völlig überflüssig machen.

Aus den genannten Gründen habe die AfD-Fraktion vier Forderungen aufgestellt. Zum einen müsse sich Deutschland der Einstufung der Kernenergie als nachhaltige „grüne“ Technologie anschließen. Zudem sei das Atomgesetz zu ändern, dass die Erforschung der friedlichen Nutzung der Kernenergie in Deutschland zukünftig wieder möglich sei. Darüber hinaus sollten bereits im Haushalt 2023 100 Millionen für die Erforschung der friedlichen Nutzung der Kernenergie bereitgestellt werden. Schließlich solle sich dem „Generation IV International Forum (GIF)“, dem Entwicklungsforum neuer Reaktortypen, anschließen.

Die **Fraktion der SPD** erklärt, man müsse der Realität ins Auge schauen und dürfe nicht auf etwas verharren, dass keine Aussicht auf Erfolg habe. Offensichtlich habe die AfD-Fraktion nicht bemerkt, dass die friedliche Nutzung der Kernenergie aus verschiedenen Gründen keine Option für die Zukunft darstelle. Dies betreffe sowohl die gesellschaftspolitische, ökonomische und versicherungsmathematische als auch die technologische Ebene. Daher lehnen die SPD-Fraktion den Antrag ab.

Die **Fraktion der CDU/CSU** merkt zunächst an, dass es der derzeitigen Regierung viele Ressourcen gekostet habe, sich zu der Entscheidung durchzuringen, die drei Atomkraftwerke weiterlaufen zu lassen. Aus Sicht der CDU/CSU-Fraktion habe es sich hierbei um einen sehr mühevollen Prozess gehandelt, der wenig mit einer wirklichen Strategie zu tun habe, wie man in fünf Jahren leben wolle.

Auch die CDU/CSU-Fraktion sei zu der Einschätzung gelangt, dass das Thema Kernenergie in Deutschland zukünftig keine Rolle mehr spielen werde. Gründe dafür seien einerseits die sehr langen Genehmigungszeiten, die einen Bau von neuen Atomkraftwerken selbst mittel- bis langfristig sehr unwahrscheinlich machten. Zudem sei zu bezweifeln, dass dies wirtschaftlich sein könne. Hinzu komme die Möglichkeit des Imports von „grünem“ Strom in Energiepartnerschaften mit Ländern, die große Mengen an Wind- oder an Sonnenenergie erzeugen könnten. In der Industrie gebe es bereits verschiedene Verfahren für den Transport wie z. B. „Power-to-Ammonia“. Hier bestehe auch die Wetterabhängigkeit nicht mehr, welche im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien immer wieder postuliert werde. Dieser Weg sei zudem deutlich wirtschaftlicher und kostengünstiger, als wenn Deutschland nun beginnen würde, neue Atomkraftwerke zu bauen.

Hinsichtlich des Weiterbetriebs von Atomkraftwerken in der derzeitigen Krise sei die Fraktion der CDU/CSU der Ansicht, dass dies noch ein paar Jahre länger möglich sein sollte, solange nicht klar sei, wie es konkret kurz- bis mittelfristig weitergehe. Neue Atomkraftwerke zu bauen, lehne man hingegen ab.

Die CDU/CSU-Fraktion weist zudem darauf hin, dass die Annahme, man dürfe in diesem Bereich nicht mehr forschen, falsch sei. In Deutschland gebe es die Freiheit der Wissenschaft und es werde auch weiter geforscht, z. B. im Bereich der „Partitionierung und Transmutation“ (P&T). Dies seien Entscheidungen, die in der Wissenschaft getroffen würden. Es gebe sehr viele intelligente Forschende, die weiter in diesem Bereich tätig seien.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellt fest, dass der vorliegende Antrag sowohl innovationspolitisch als auch energiepolitisch nicht zielführend sei. Die Zukunft liege vielmehr bei den erneuerbaren Energien. Man müsse nur nach Frankreich sehen, wo derzeit fast die Hälfte der Atomkraftwerke stillstehe, um festzustellen, dass Kernenergie nicht zur Energiesicherheit beitrage. Auch wirtschaftspolitisch seien die weltweiten Atomkonzerne, die Atomkraftwerke bauen würden, in einer finanziellen Krise, weil es eine sehr teure Technologie sei, die niemand versichere. Deswegen setze die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN richtigerweise auf erneuerbare Energien.

Die **Fraktion der FDP** schließt sich den Ausführungen der CDU/CSU-Fraktion an und fügt hinzu, dass es freie Forschung und die Freiheit der Wissenschaft gebe. Forschung zu Kernkraft sei nicht verboten. Der Antrag sei rückwärtsgewandt und verkenne, wo die Möglichkeiten der Zukunft lägen. Zudem fehle es an der Akzeptanz in der Gesellschaft, neue Atomkraftwerke zu bauen. Daher sei der Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE** kritisiert, dass der Antrag nur punktuell und nicht prozessual orientiert sei. Die Kernkraftwerke seien massiv staatlich subventioniert worden. Auch sei deren CO₂-Gesamtbilanz sehr schlecht, wenn man den Bau, den Abriss und die Endlagerung miteinbeziehe. Deshalb sei es nicht nachvollziehbar, wie man heute auf die Idee kommen könne, wieder zu Atomkraftwerken zurück zu wollen. Gerade die im Antrag aufgeführten Hochtemperaturreaktoren seien schon in den 60er Jahren wegen ihrer Fehleranfälligkeit nicht mehr gebaut worden. Auch könne man mit ihnen Tritium für nukleare Wasserstoffbomben gewinnen, was die im Antrag behauptete friedliche Nutzung der Kernenergie in Frage stelle. Der Antrag sei daher aus der Zeit gefallen. Statt des Festhaltens an Atomreaktoren oder einer Revidierung des Atomausstiegs bräuchte es vielmehr ein Sofortprogramm für den Ausbau erneuerbarer Energien.

Berlin, den 9. November 2022

Dr. Holger Becker
Berichterstatter

Thomas Jarzombek
Berichterstatter

Dr. Anna Christmann
Berichterstatterin

Dr. Stephan Seiter
Berichterstatter

Dr. Michael Kaufmann
Berichterstatter

Dr. Petra Sitte
Berichterstatterin

